



Bürgerbeteiligung: Zwischen sozialem Eigensinn und amtlicher Verfahrensrationalität

Das ehrenamtliche Engagement der Leipziger unter die Lupe genommen

Ein Artikel von Wolfgang Tiefensee, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig

Fachliche Mitarbeit von Ralph Keppler und Sandra Heuchel, Stadtbüro

Leipzig, September 2005

„Bürgerschaftliches Engagement ist eine unverzichtbare Bedingung für den Zusammenhalt der Gesellschaft“ – dieser Leitspruch gilt nicht nur für die vom Bundestag 1999 eingesetzte Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“. Gerade auf kommunaler Ebene ist bürgerschaftliches Engagement, ist Bürgerbeteiligung ein unerlässlicher Pfeiler des Gemeinwesens. Bürgerschaftliches Engagement ist nicht gleichbedeutend mit ehrenamtlicher Mitarbeit. Es meint darüber hinaus eine Vielfalt von Aktivitäten: in Vereinen, Verbänden, Kirchen, karitativen und gemeinnützigen Organisationen ebenso wie in Freiwilligenagenturen, Hospizbewegungen, Tafeln, Selbsthilfegruppen oder Nachbarschaftsinitiativen. Diese Aktivitäten verleihen unserem Zusammenleben eine besondere Gestalt und leben das Leitbild der Bürgergesellschaft.

Bürger-Engagement eröffnet kreative und gemeinsame Lösungen in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, in der Stadtplanung ebenso wie in der Sozialarbeit, im Umweltsektor, in der Grünflächenpflege und der Kultur. Es lebt von den Fähigkeiten, Kompetenzen und Interessen der Engagierten. Aktive Bürger erneuern mit ihrem freiwilligen Engagement Tag für Tag die Bindekräfte unserer Gesellschaft. Bürger-Engagement ist die lebensweltliche Kehrseite der formalen Prozeduren unserer Demokratie. Ihr Zusammenspiel ist nicht immer spannungsfrei, aber gerade in dieser Balance beweist sich die Lebendigkeit einer demokratischen Ordnung. Hier bedarf es nicht nur wechselseitiger Anerkennung und Toleranz. Politik, Verwaltung und Bürgerschaft müssen zudem gemeinsame Leitlinien formulieren, um Bürger-Engagement zu erleichtern und zu verbessern.

2001 war das internationale Jahr der Freiwilligen. Es fanden zahlreiche Aktionen auf Bundes- und Landesebene statt, um ehrenamtliche Arbeit und freiwilliges Engagement zu fördern. Die Stadt Leipzig beteiligte sich gemeinsam mit der Bertelsmann-Stiftung und den Partnern des CIVITAS-Städtenetzwerkes. Ergebnis ist das Projekt „Lokale Demokratiebilanz“. Es verfolgt das Ziel, das Verhältnis von Bürgerbeteiligung und Verwaltungshandeln mit gezielten Maßnahmen zu fördern und zu stärken. Bürgerschaft und Stadtverwaltung in Leipzig versuchen gemeinsam das bürgerschaftliche Engagement bei Planungs- und Entscheidungsverfahren zu optimieren, die Handlungskompetenz der Bürger zu fördern und damit die partizipatorischen Grundlagen unserer Demokratie zu festigen.

Das Projekt „Lokale Demokratiebilanz“

Das Projekt „Lokale Demokratiebilanz“ ist unser Beitrag zu dem von der Bertelsmann-Stiftung initiierten Wettbewerb „Bürgerorientierte Kommune – Wege zur Stärkung der Demokratie“. Die Stadt Leipzig belegte den zweiten Wettbewerbsplatz und wurde anschließend Mitglied im Städtenetzwerk CIVITAS. Seit 1998/99 konnten in diesem Rahmen zahlreiche Vorhaben ins Leben gerufen werden.

Diese erste Phase der Demokratiestärkung endete 2001 mit zahlreichen Projektabschlüssen (u. a. dem durch das Städtenetzwerk entwickelten „Leitbild bürgerorientierte Kommune“) und einer neuen Prioritätensetzung für den nächsten Arbeitszyklus. Mit der zweiten Phase 2002 kamen neue Themenschwerpunkte wie „Lokale Demokratiebilanz“, Qualifizierung zur Bürgerorientierung und Neue Medien & Bürgerorientierung hinzu.

Zum Gelingen dieser Vorhaben fanden sich Vertreter des Bürgerengagements wie der Sprecherrat der Bürgervereine, die Freiwilligen-Agentur Leipzig e.V., aber auch die Leipziger Agenda 21, die Kommunalverwaltung und Mitglieder des Stadtrates zum „Arbeitskreis Lokale Demokratiebilanz Leipzig“ zusammen. Unser Ziel war es, die lokale Demokratie und Bürgerbeteiligung in Leipzig zu analysieren und Maßnahmen zur Verbesserung anzuregen. Der Arbeitskreis organisierte den Dialog mit Vertretern aus Bürgerschaft, Verwaltung und Politik und versuchte die Vernetzung der Dienststellen der Stadtverwaltung mit der Verwaltungsspitze, dem Stadtrat, dem CIVITAS-Städtenetzwerk und der Leipziger Öffentlichkeit voranzutreiben.

Die nun als Ergebnis dieser Arbeit vorliegende „Lokale Demokratiebilanz“ ist zum einen ein erster umfassender Überblick über das ehrenamtliche Engagement der

Leipziger und über die Zusammenarbeit von Bürgerschaft und kommunaler Stadtverwaltung. Darüber bildet sie für die Kommune ein Instrument der Selbstevaluati- on, um das Niveau der Bürgerorientierung transparent zu machen. Unser Ziel ist es, den Grad der erreichten Bürgerorientierung in regelmäßigen Abständen zu erfassen, um Probleme und Schwachstellen zu erkennen und aufzugreifen. Die „Lokale Demokratiebilanz“ stellt in der Summe damit eine umfassende Bestands- erhebung der Bürgerbeteiligung und des ehrenamtlichen Engagements der Bür- gerschaft in der Stadt Leipzig dar.

Die „Bertelsmann-Stiftung“ und die „Stiftung Mitarbeit“ gaben in organisatori- scher, finanzieller und fachlicher Hinsicht Hilfestellung. Zehn Verfahrensschritte strukturierten die Chronologie unseres Vorgehens.



* derzeitiger Verfahrensstand

Bürgerumfrage und Verwaltungsenquete

Am Anfang stand eine aus 50 Fragen bestehende Bürgerumfrage im Jahr 2003. Mittels Zufallsstichprobe wurden dazu 2000 Bürger ausgewählt. Die Ergebnisse wurden von einem unabhängigen Experten ausgewertet und bildeten die Grundlage der weiterführenden Projektplanung. Parallel zur Bürgerbefragung wurde die

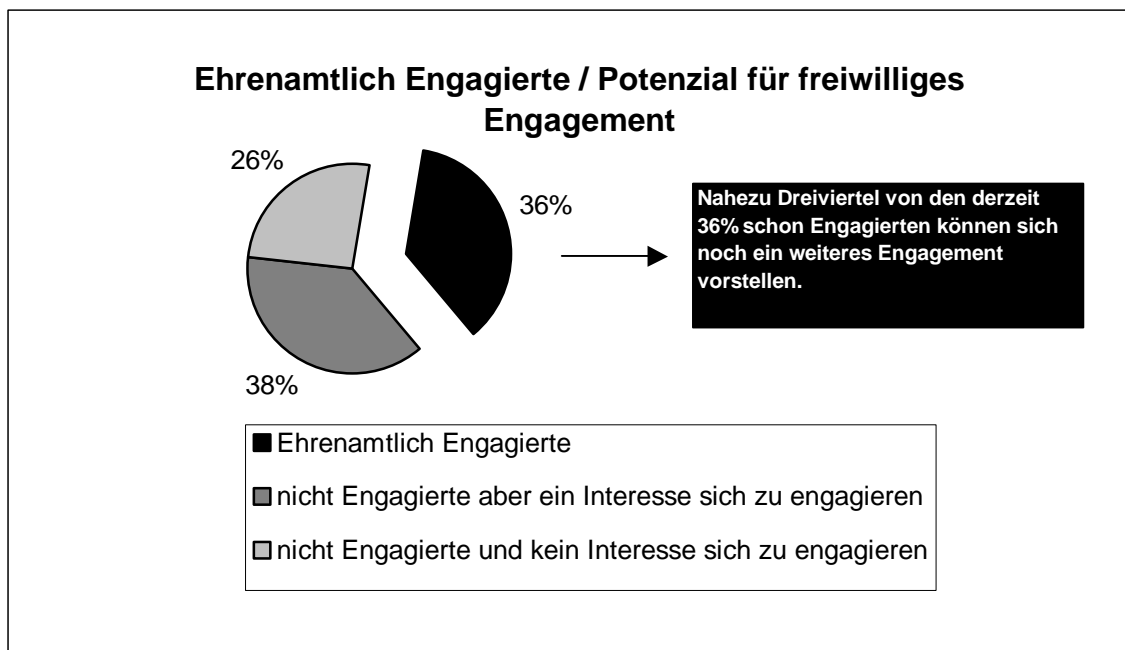
Leipziger Verwaltung mit ihren 53 Ämtern, Referaten und Eigenbetrieben in einer gesonderten Befragung zur Bürgerorientierung einbezogen. Diese gleichzeitige Innen- und Außenbefragung ermöglichte es nicht nur, die von beiden Seiten empfundenen Defizite in der Zusammenarbeit zu erkennen und anzugehen. Zudem legte eine Gegenüberstellung der Ergebnisse Berührungs- und Reibungspunkte in der gegenseitigen Einschätzung bisheriger Bürgerbeteiligung offen, die ins Zentrum der weiterführenden Projektarbeit des Arbeitskreises gerückt werden konnten.

Bürgerumfrage

Bei der Bürgerbefragung konnte festgestellt werden, dass in Leipzig ein gewachsenes Interesse an lokaler Politik und Verwaltungsarbeit besteht. Überraschenderweise spielen dabei die gewählten Volksvertreter im Stadtrat nur eine sehr untergeordnete Rolle. Um so stärker empfinden die Bürger Defizite im Bereich „Beteiligung an Planungs- und Entscheidungsprozessen“. Zwischen dem Wunsch nach Beteiligung und der Beteiligungs-Realität klafft eine große Lücke.

Zwar wünschen sich die Bürger mehr Möglichkeiten zur Partizipation, nehmen aber die bereits vorhandenen Angebote nicht ausreichend wahr. Mängel lassen sich auf beiden Seiten beobachten. Dies liegt zum einen an der fehlenden bürgerschaftlichen Motivation, sich Wissen über angebotene Beteiligungsverfahren zu verschaffen, zum anderen an der verbesserungsbedürftigen Informationspolitik der Stadt Leipzig. Insbesondere werden Informationen zu Rechten im Rahmen von Beteiligungsprozessen und die Transparenz von Entscheidungsverfahren der Stadtverwaltung vermisst. Gleichzeitig werden jedoch die von der Verwaltungsspitze angebotenen Sprechstunden von Oberbürgermeister und Beigeordneten und insbesondere das Serviceangebot der Leipziger Stadtverwaltung als sehr positiv bewertet.

Das positivste Resümee der Bürgerumfrage aber ist: Ein großer Teil der ehrenamtlich Aktiven und die Mehrheit der gegenwärtig Nicht-Aktiven können sich vorstellen, zukünftig stärker ehrenamtlich zu engagieren. Vor allem die Arbeit in Vereinen, Gruppen und Initiativen im eigenen Wohnumfeld und im sozialen Bereich – konzentriert um die Themen Kultur, Freizeit und Geselligkeit, Bildung, Sport und Umwelt – wecken das Bürgerinteresse. Hier liegt ein Leipziger Potential an ehrenamtlichen Engagement, das es zu ermutigen und zu motivieren gilt.



Verwaltungsenquête

Die Ergebnisse der Verwaltungsenquête sind sehr facettenreich. Obwohl es innerhalb der Stadtverwaltung eine ausgeprägte interne Kommunikation zur Bürgerorientierung gibt, existiert nur eine schwach entwickelte ressortübergreifende Kultur der Zusammenarbeit in dieser Frage. Dagegen existiert eine kontinuierliche Zusammenarbeit in dieser Frage mit anderen Kommunen / Institutionen auf einem hohen fachlichen Niveau. Koordinierende Schnittstellen für das Verhältnis Bürger - Verwaltung - Politik bestehen nur in Einzelfällen. Zudem herrscht keine Klarheit über Begriff und Wirklichkeit der Bürgerbeteiligung. Hier liegt ein Problempotential, das zukünftig aufgegriffen werden muss, um die interne und externe Kommunikation zu verbessern.

Die von den Bürgern als gut beurteilte Serviceorientierung der Verwaltungsämter korrespondiert mit der Selbstwahrnehmung der Verwaltungsmitarbeiter. Die internen Organisationsvorgänge sind kundenorientiert und bürgernah. So achten nahezu alle Ämter auf verständlich formulierte Anschreiben, regelmäßige Überprüfungen durch Dritte und eine zügige Bearbeitung der Anliegen. Entwicklungsfähig sind diensttechnisch vorgegebene Maßnahmen und Anreize zur kontinuierlichen Verbesserung dieses bürgerorientiertem Verhaltens. Was ohne Zweifel gut ist, kann noch besser werden. Dies ist ein Punkt, an dem im Sinne des internen Qualitätsmanagements zwingend anzuknüpfen ist.

Zusätzlicher Handlungsbedarf wird in den Bereichen ausbaufähige Internetdienste der Stadt, direkte Zielgruppenansprache und Intensivierung des Dialogs zwischen Ämtern und Bürgern gesehen. Im von den Bürgern kritisch beurteilten Bereich „Bürgerbeteiligung an Planungs- und Entscheidungsprozessen“ sehen auch die Verwaltungsmitarbeiter Verbesserungsbedarf. Da bisher der jeweilige Projektbearbeiter verantwortlich ist, wünschen sich viele einen zentralen Ansprechpartner im Amt zu Fragen von Planungs- und Entscheidungsprozessen. Auch die differenzierte Ansprache spezieller Zielgruppen zur Beteiligung ist bei einzelnen Ämtern und Aufgabenbereichen noch ausbaufähig.

Trotz allem: Im Bewusstsein der Verwaltung erscheint die Bürgerbeteiligung unabhängig von gesetzlichen und institutionalisierten Beteiligungsverfahren gut ausgebaut. Über Informationsveranstaltungen, Arbeitskreise, Runde Tische, Zukunftswerkstätten und Bürgerforen bieten einige Ämter die Möglichkeit, Bürger direkt in ihren Arbeitsverlauf mit einzubeziehen. Diesbezüglich sprechen die Befragten von guten Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit Bürgern und Vereinen auf ehrenamtlicher Basis. Dieses Potential muss nun über die ehrenamtliche Mitarbeit im Bereich Sport und Kultur auf die Gebiete Ordnung und Sauberkeit, Stadtgestaltung und im Sozialbereich ausgedehnt werden.

In einer Gegenüberstellung der Ergebnisse der Bürgerbefragung und der Verwaltungsenquete ergeben sich drei vergleichbare Themenfelder:

1. Aspekte der Bürgerbeteiligung in formalisierten und informellen Verfahren,
2. Servicequalität und
3. ehrenamtliches Engagement/ Mitwirkung bei öffentlichen Aufgaben.

Es hat sich grundsätzlich gezeigt, dass die Selbstwahrnehmung der Verwaltung und ihre Fremdwahrnehmung durch die Bürger nicht grundsätzlich differiert. Jede Einschätzung, sei es aus der Verwaltung oder von den Bürgern, beruht jedoch auf einer ausreichenden Informationsbasis. Je schlechter und lückenhafter die gestreuten Informationen sind, desto schneller entstehen Vorurteile oder werden einzelne Erfahrungen verallgemeinert. So kann es sein, dass bestimmte Ämter mehr Leistungen oder Angebote erbringen, als die Bürger kennen. Die Informationspolitik der Stadt bildet somit einen Schlüssel für die Bürgerorientierung und muss mit dem Wissensbedarf der Leipziger in Einklang gebracht werden. Eine Grundvoraussetzung sind klare Richtlinien für die städtischen Dienststellen in Bezug auf Bürgerorientierung und Bürgerbeteiligung und ein beharrlicher Austausch der Ämter untereinander.

Zwischen Bürgern und Verwaltungsmitarbeitern herrscht also ein Konsens in Bezug auf die Serviceleistungen der Ämter und Dienststellen. Ausschlaggebende Punkte bei der Einschätzung waren u. a. Erreichbarkeit und Öffnungszeiten der Ämter, Ausstattung und Freundlichkeit der Räumlichkeiten und Zugangsmöglichkeiten für gehbehinderte Personen.

In der Einschätzung der Beteiligungspolitik der Stadtverwaltung bei gesetzlichen und informellen Verfahren gehen die Meinungen der Bürger und der Verwaltung dagegen erheblich auseinander. Nicht nur die Einschätzungen bezüglich der Informationsweitergabe von Beteiligungsmöglichkeiten und ehrenamtlicher Arbeit zwischen Kommune und Bürger differieren. Hier nutzt die Verwaltung zum Beispiel im Bebauungsplanverfahren die Tagespresse, das Amtsblatt und das Internet. Auch in Hinblick auf Ablauf und Umfang der Beteiligungsverfahren sind die Bürger skeptisch und vermuten nicht frühzeitig und mehrstufig an Planungs- und Entscheidungsprozessen mitwirken zu können. Andererseits werden die Beteiligungsmöglichkeiten von den Bürgern selbst nur unzureichend aufgegriffen. Dies trifft auf Bürgerforen ebenso zu wie die Angebote des Agenda 21-Prozesses. Genau an dieser Stelle soll und muss der Arbeitskreis „Lokale Demokratiebilanz“ ansetzen.

Konsequenzen für die Fortführung des Projekts „Lokale Demokratiebilanz“

Die endgültige Auswertung der Bürgerumfrage und Verwaltungsenquete lag zu Beginn des Jahres 2005 vor. Sie bildet die Voraussetzung für eine Neuformulierung der bisherigen Aktivitäten. Die Ergebnisse der Umfrage belegen, dass ein enormes Potential an freiwilligen ehrenamtlichen Akteuren vorhanden ist, das durch kluge Maßnahmen geweckt werden kann. Die bereits gestarteten Projekte der „Lokalen Demokratiebilanz“ können auf der Basis des neuen Erfahrungswissens nun gezielter die von Bürgern und Verwaltung bemängelten Defizite anpacken. Dies bedeutet, dass die laufenden Vorhaben mit den neuen Handlungsempfehlungen auf einen einheitlichen Nenner zu bringen sind und neue Projekte in Richtung intensiverer Bürgerbeteiligung vorangetrieben werden.

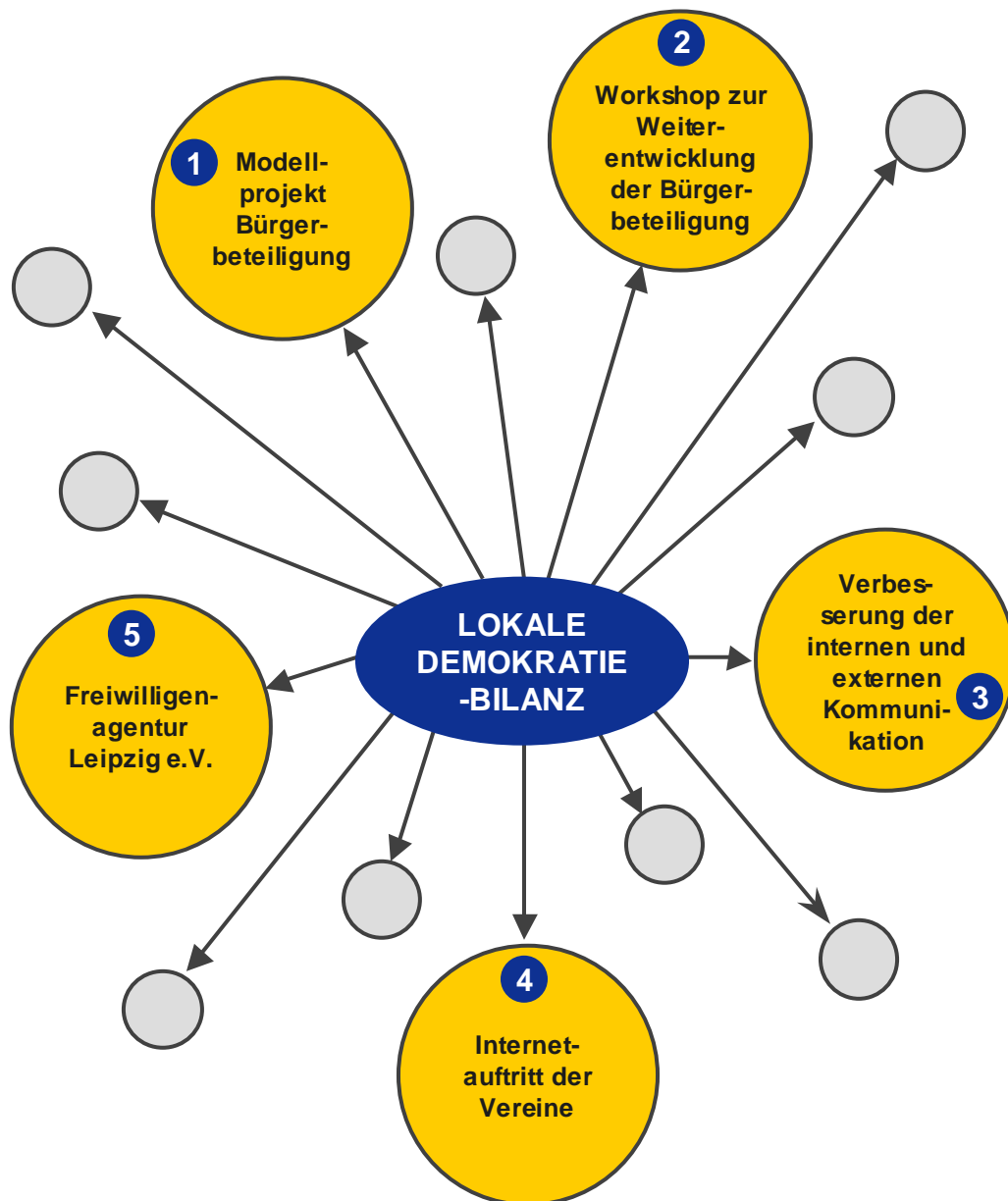
Welche Maßnahmen sind denkbar und werden schon umgesetzt?

Eine erste Konsequenz der Umfragen besteht in einer noch stärkeren Lokalisierung unserer Arbeit. Wir wollen die Bürger in ihrer örtlichen Lebenswelt, den Stadt- und Ortsteilen, erreichen. Leipzig besitzt hier vorzügliche Voraussetzungen, da in unserer Stadt nahezu flächendeckend über 40 Bürger- und Heimatvereine aktiv sind. Gemeinsam mit diesem Netzwerk werden wir eine forcierte Informationskampagne starten, um Interessierten ihre Rechte bei Mitbestimmung über Entwicklungen ortsteilbezogener Planung zu verdeutlichen. Bereits verwurzelte Einrichtungen wie Stadtbezirksbeiräte, Ortschaftsbeiräte, aber auch aktive Mitbürger werden wir darin unterstützen, ihren Wirkungskreis zu verbreitern, indem sie sich gezielt an den Kreis potentiell Interessierter (Vereine, Initiativen, Privatpersonen, Vertreter sozialer und kultureller Institutionen) wenden und diese in Planungen und Projekte mit einbeziehen.

Auf Verwaltungsebene wollen wir ein Bewusstsein noch größerer Transparenz im Umgang mit Bürgervorschlägen schaffen. Wir beabsichtigen ein verbindliches Verfahren, Bürgern eine schnelle und präzise Rückmeldung über ihre in Beteiligungsverfahren geäußerten Vorschläge zu geben. Zur Durchsichtigkeit könnte zudem eine klare Festlegung persönlicher Verantwortlichkeiten von Mitarbeitern beitragen, die einen „direkten Draht“ zum Bürger herstellen und die Akzeptanz von Bürgerbeteiligung in den Ämtern stärken. Neben zielgruppenspezifischeren Beteiligungsverfahren und einer frühzeitigeren Einbindung der Bürger seitens der Ämter ist geplant, eine höhere Entscheidungskompetenz der Bürger zu ermöglichen. Unsere Perspektive ist, die Einflussnahme und Beteiligungsmöglichkeit nicht nur formal zu fixieren, sondern auch aktiv in die Arbeitsvorgänge der Ämter und Dienststellen einzubauen.

Ein wichtiger Schritt, den wir prüfen wollen, besteht in der Entwicklung eines Aufgabenkatalogs zur Verbesserung von Bürgerbeteiligung und Bürgerorientierung. In diesem sollen für alle Ämter allgemeingültige Kriterien für den Umgang mit Bürgerbeteiligung benannt werden, soll dokumentiert werden, was bereits praktiziert wird und wo zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten liegen. Aus diesem Katalog sollen konkrete Maßnahmen abgeleitet werden, die zwischen den Ämtern, im Dialog mit den Bürgervereinen und anderen interessierten Akteuren abzustimmen sind. Darüber hinaus sollte hier aber auch klar benannt werden, wo die Grenzen bürgerschaftlicher Einflussnahme auf parlamentarisch legitimierte Verfahren liegen.

Beispiele für bereits begonnene Projekte zur Verbesserung bürger-schaftlichen Engagements



Einzelne auf die „Lokale Demokratiebilanz“ bezogene Projekte sind bereits an den Start gegangen.

1. Der Bürgerverein Waldstraßenviertel e. V. will den praktischen Beweis antreten, dass Bürgerbeteiligung in Leipzig „funktioniert“. Der Verein hat das **Modellprojekt Bürgerbeteiligung** entwickelt, das sich im weitesten Sinne mit der Infrastruktur und Lebensqualität im Wohngebiet Waldstraßenviertel und dessen touristischer Erschließung befasst. Grundintention ist es, das

Viertel nach aufwendigen Sanierung seiner Häuser und Verkehrswege als eine attraktive innenstadtnahe Lebenswelt erfahrbar zu machen. Dafür ist eine weitere Aufwertung des Gesamtgebietes ebenso nötig wie vernetztes Handeln der Akteure vor Ort. Erste Ansätze mit „Kulturinseln“ – und daran anknüpfend verkehrsberuhigenden Maßnahmen -, Gastronomie und dem ansässigen Gewerbe sind etabliert und sollen verstärkt werden. Um diese Ideen zu realisieren, kooperieren neben dem Verkehrsamt, dem Stadtplanungsamt, dem Kulturamt, dem Amt für Stadterneuerung, der Wohnungsbauförderung und dem Referat Denkmalschutz auch Stadträte aller Fraktionen.

2. Im April 2005 fand in Zusammenarbeit von Grünflächenamt und dem Arbeitskreis „Lokale Demokratiebilanz“ ein **Workshop zur Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung** statt. Hier wurden die Verbesserung des Informationsflusses zwischen Ämtern - Bürgern und die Zugangsoptimierung von Bürgern an Beteiligungsangeboten erörtert und erste Vorschläge zur zukünftigen Arbeit entwickelt. Zum einen ist ein „Methodenkoffer“ geplant, der nicht nur dem Grünflächenamt als eine Art „Best-Practice-Basis“ dient, sondern auch von anderen Ämtern mit ähnlich gelagerten Planungsverfahren zur Verfügung steht. Zum anderen sind weitere Workshops mit anderen Planungsämtern avisiert, um positive Anstöße und Impulse bezüglich Bürgerbeteiligung und Bürgerorientierung zu erhalten.
3. Ziel des Projektes zur **Verbesserung der internen und externen Kommunikation** ist es, die Kommunikation mit den Bürgern in Kompetenz und Bürgerfreundlichkeit zu verbessern und das gegenseitige Verständnis weiterzuentwickeln. Darunter fallen Fortbildungsmaßnahmen in der Stadtverwaltung unter Einbeziehung der Bürgervereine. Zu diesem Zweck werden den Führungskräften und Mitarbeitern der Verwaltung zusätzlich Qualifizierungsangebote unterbreitet. Der erste Workshop für Amts- und Referatsleiter fand bereits statt. Neben weiteren Workshops für die Verwaltungsspitze werden über Seminare auch Bürgervereine in die Optimierung der Bürgerorientierung einbezogen.
4. Das Projekt „**Internetauftritt der Vereine**“ zielt darauf, den Internetauftritt der Leipziger Bürgervereine unter der Homepage der Stadtverwaltung auf die gesamte Leipziger Vereinslandschaft auszudehnen. Die Förderbedingungen der einzelnen Vereinssparten sollen durch das Internet abrufbar sein. Über einen vernetzten Internetauftritt können sich die Leipziger Vereine nicht nur besser präsentieren, bekannter werden und ihre Kontakte ausbauen, sondern erreichen durch das immer populärer werdende Kommuni-

kationsmedium auch „alte“ und potentielle neue Mitglieder. Eine verbesserte Kommunikation und Vernetzung optimiert die Beteiligungsmöglichkeiten für die Vereine und erleichtert die Arbeit der Verwaltung, da Abstimmungen und Informationsaustausch nicht nur vorab stattfinden können, sondern auch sehr viel schneller und effektiver ablaufen.

5. Um das vorhandene Potential an interessierten Bürgern und an Bereichen der Freiwilligenarbeit besser zu nutzen, wird die Projektarbeit der **Freiwilligen-Agentur Leipzig e.V.** weiter gestärkt. Die Aktivitäten des Vereins beziehen sich z. B.
 - auf das Ansprechen größerer Gruppen von Bürgern (Vereine, öffentliche Einrichtungen etc.) bei ausgewählten Anlässen, um sie für ehrenamtliche Arbeit gewinnen zu können,
 - dem persönlichen Ansprechen interessierter Bürger und die daran gebundene Beratung und Vermittlung ehrenamtlicher Aufgaben, sowie
 - die gezielte Veröffentlichung von Pressemitteilungen, Rundfunkbeiträgen, Vorträgen, Annoncen und Faltblättern, um die Bürgerschaft umfangreich informieren zu können.

Zukunft des Projekts „Lokale Demokratiebilanz“

Veränderungen und Erfolge der „Lokalen Demokratiebilanz“ brauchen ihre Zeit. Nicht nur die Auswertung und das Bestimmen neuer Ziele beeinflusst das Tempo der Umsetzung. Auch die demokratischen Zwischenschritte wie die Einbindung der Bürgerschaft, der Verwaltung und des Stadtrates sind zu gehen.

Die „Lokale Demokratiebilanz“ will einen offenen und dynamischen Prozess initiieren. Die einzelnen Projektschritte werden im Arbeitskreis „Lokale Demokratiebilanz“ entwickelt. Die Umsetzung bestimmt sich nach den Arbeitskapazitäten der Arbeitskreismitglieder. Die derzeit laufenden Projekte sind weit fortgeschritten und ermutigen uns. Hingegen sind die sog. Handlungsempfehlungen noch mit konkreten Projekten zu untersetzen.

Die verschiedenen Projekte und deren Umsetzung zeigen, dass den Themen „Bürgerorientierung“ und „Bürgerschaftliches Engagement“ in der Verwaltungen noch mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Aber wir in Leipzig versuchen, das Bewusstsein dafür umfassend zu gestalten, ohne dass wir deshalb die gegebenen Rahmenbedingungen wie die Haushaltskonsolidierung und die zunehmende Arbeitsdichte außer Acht lassen.

Die Erfahrungen aus den einzelnen Projekten und Kommunen des Civitas-Städtenetzwerkes sind sehr ähnlich. Vor diesem Hintergrund wurde in Leipzig eine in dieser Art bisher einmalige Vorgehensweise praktiziert. Die drei Schwerpunktthemen „Lokale Demokratiebilanz“, „Qualifizierung zur Bürgerorientierung“ und „Neue Medien für die Bürgerorientierung“ wurden von Anfang an im Dialog zwischen Bürgerschaft, Verwaltung und Politik bearbeitet. Schnittstelle zwischen den Schwerpunkten bildet die konkrete Projektarbeit. So wird z. B. durch das Amt für Wirtschaftsförderung eine Datenbank erstellt, in der sich die Leipziger Bürgervereine im Internet präsentieren und diese selbstständig pflegen. Die Schulungen werden vom Personalamt umgesetzt. Das Projektmanagement ist wiederum beim Stadtbüro angesiedelt. Diese übergreifende Zusammenarbeit werden wir auch zukünftig fortsetzen, denn nur diese Kooperation ermöglicht deutliche Synergieeffekte für die erfolgreiche Umsetzung der jeweiligen Projekte.

Diese Vorgehensweise muss sich auch bei den kommenden Schritten bewähren. Das vorhandene fachliche Erfahrungswissen, der politische Wille der Stadtspitze und das breite Engagement der Stadtgesellschaft für „ihr“ Leipzig lassen uns zuversichtlich in die Zukunft schauen.